

KEINE VIDEOÜBERWACHUNG IN WOHNGEBIETEN

erschienen am 4. Juli 2016
[Einbrüche](#), [Frank Sitta](#),
[Kriminalität](#), [Verfassung](#),
[Videoüberwachung](#)

(Magdeburg / Halle). Die Freien Demokraten in Sachsen-Anhalt kritisieren den Vorstoß von Innenminister Heiko Maas, Wohngebiete vor Einbrüchen in Wohngebieten Videoüberwachung zu verschärfen. Der Landesvorsitzende Frank Sitta erklärt:

„Das ist nicht nur ein Eingriff in die Privatsphäre, sondern nach unserer Auffassung auch verfassungswidrig. Der Staat geht hier noch völlig am Ziel vorbeigeht. Der bisherige Einsatz von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen oder im ÖPNV hat doch gezeigt, dass dies ein wirksames Mittel ist, um Straftaten vorzubeugen. Kriminalität wird dadurch verhindert und das bedeutet wiederum, dass man ganz Sachsen-Anhalt verschonen müsste. Der Staat greift damit - gerade wenn es um Videoüberwachung im Kernbereich privater Lebensgestaltung ein. Das

verbietet

Sinnvoller als eine verstärkte Überwachung seien sowohl die Verstärkung der sichtbaren Polizeipräsenz als auch die Eigenverantwortung jedes Hausbesitzers, der Schutzmaßnahmen etwa an Türen und Fenstern, vornehmen kann.